

# Verein zum Schutz vor psychiatrischer Gewalt e.V. (i.G.)

An die Presseagenturen,  
Rundfunk- und Fernsehstationen,  
Zeitungen und Zeitschriften

Pallasstraße 12  
1000 Berlin 30  
Tel. 030/2 15 16 38  
(Di / Mi / Fr 16 - 18 Uhr)

**PRESSEERKLÄRUNG** vom 30. August 1989

## Sensationelle Spende über 1 Million DM für das "Weglaufhaus"

Eine Privatperson aus Berlin ist bereit, unserem Projekt 1.000.000 DM (in Worten: eine Million DM) für den Kauf eines Hauses zur Verfügung zu stellen, unter der Voraussetzung, daß der Senat die laufenden Kosten übernimmt. Wir fordern den Berliner Senat nachdrücklich auf, das *Projekt Weglaufhaus* ab 1990 entsprechend den Koalitionsvereinbarungen zu finanzieren.

Das Weglaufhaus wird ein Ort sein für - nicht wegen Straftaten untergebrachte - Menschen, die der Gewalt der Psychiatrie entfliehen. Hier können sie auf Zeit, ohne Psychopharmaka und selbstbestimmt zusammenleben und entsprechend ihren Bedürfnissen Unterstützung finden. Vorgesehen ist auch eine Hilfe beim Entzug von psychiatrischen Psychopharmaka. Bei Diagnosen wie "Schizophrenie" und "Psychose" besteht die psychiatrische Behandlung gegenwärtig zu 95 % aus der schablonenhaften Anwendung von Neuroleptika (sogenannter "antipsychotischer Medikamente") und von Elektroschocks; beide Behandlungsarten können zu schweren Hirnschäden führen. Häufig entziehen sich zwangsweise oder freiwillig untergebrachte Menschen dieser Behandlung durch Weglaufen.

Aufgrund der Erfahrungen psychosozialer Einrichtungen wie z. B. der Irren-Offensive e.V., dem KommRum oder dem K.U.B. besteht ein großer Bedarf an einem Weglaufhaus; bisher sind die Betroffenen auf sich alleine gestellt. Unsere Idee stammt aus Holland, wo Anfang der 80er Jahren mehrere Weglaufhäuser aufgebaut wurden.

Geplant in Berlin ist zunächst ein Haus für 15 Personen; zwölf Arbeitsplätze werden geschaffen. Der Etat für 1990 beläuft sich auf DM 1.186.000. Hinzu kommen DM 363.000 an Kosten für die Grundausstattung. Wir fordern den Senat auf, sich endlich der Verantwortung gegenüber Psychiatrie-Betroffenen zu stellen und zu erfüllen, was in der eigenen Koalitionsvereinbarung vom März 1989 versprochen wurde, nämlich "... konkrete Projekte, die neue Wege ausprobieren wollen, wie z. B. das von der Irren-Offensive geplante Weglaufhaus zu unterstützen." Den zentralen Prüfstein für die Glaubwürdigkeit der rot-grünen Koalition sehen wir darin, wie sie für die Interessen von Psychiatrie-Betroffenen eintritt.

Die AL-Abgeordnete Gisela Wirths unterstrich bei der Pressekonferenz die Bereitschaft ihrer Fraktion, "Idee und Konzept des 'Weglaufhauses' ganz ausdrücklich zu unterstützen" und sich im Hauptausschuß des Abgeordnetenhauses dafür einzusetzen, daß der Senat den Worten aus den Koalitionsvereinbarungen nunmehr Taten folgen läßt. Vertreter/innen des ebenfalls eingeladenen, SPD-geführten *Senats für Gesundheit und Soziales* waren der Pressekonferenz ferngeblieben.

Spender, Spenderinnen und Fördermitglieder sind dem Verein herzlich willkommen.